

Forschungsberichte

Jochen-Christoph Kaiser

Das Marburger Projekt zur Erforschung der Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie, 1939 – 1945

Vorbemerkung

Es geht im Folgenden nicht oder nur am Rande um die allgemein- und kirchenpolitischen Rahmenfaktoren zur Zwangsarbeiterproblematik, die als bekannt vorausgesetzt werden. Deshalb hier nur soviel: Am 7. Juli des vergangenen Jahres stellten die protestantischen Kirchen und ihre Diakonischen Werke unter Federführung der EKD und des DW der EKD die Erklärung „Erinnerung wach halten – gemeinsam Verantwortung übernehmen“ vor, in der sie ankündigten, gemeinsam 10 Mio. DM in die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einbringen zu wollen.¹ Das „Marburger Projekt“ ist eine der Folgen dieses gemeinsamen kirchlich-diakonischen Engagements; es entstand aus einer aktuellen *politischen* Initiative, ist aber selbst dezidiert *historisch* ausgerichtet und soll Einzelheiten und Hintergründe der Zwangsarbeit im kirchlichen Raum klären. Es ist die Hoffnung von Auftraggebern und Projektmitarbeitern, bei den Recherchen auf noch lebende Angehörige des betroffenen Personenkreises zu stoßen, so daß diese – meist schon hochbetagten – Menschen noch eine Entschädigung erhalten können.

Entstehung

Als im Laufe des Jahres 1999 die Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der deutschen Öffentlichkeit einen ersten Höhepunkt erreichte, griffen auch die beiden Großkirchen in die Diskussion ein und mahnten Wirtschaft und Politik nachdrücklich, unverzüglich angemessene Entschädigungsregelungen auf den Weg zu bringen, um den rasch kleiner werdenden betroffenen Personenkreis überhaupt noch zu erreichen.

In diesem Zusammenhang tauchte in den Medien die Frage nach der Verstrickung auch der Kirchen und ihrer Vorfeldorganisationen innerhalb des „Problemfeldes Zwangsarbeit“ auf. Das Diakonische Werk der EKD reagierte darauf erfreulich schnell mit einer Umfrage unter den ihm angeschlossenen Einrichtungen sowie den Fach- und Landesverbänden und vergab Anfang 2000 einen Forschungsauftrag, der innerhalb eines begrenzten Raums (Nordelbien) der Frage nachgehen sollte, welche diakonischen Institutionen dieser Landeskirche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt hatten.

Die von Harald Jenner verfaßte Studie – inzwischen im Internet und als Broschüre publiziert² – konnte aufzeigen, daß auch in den Einrichtungen der Inneren Mission in Hamburg und Schleswig-Holstein Menschen aus West-, vor allem aus Osteuropa zwangsverpflichtet worden sind. Die Frauen unter ihnen arbeiteten zum Teil im Pflegebereich, hauptsächlich jedoch in den Großküchen und Nähstuben, die Männer dagegen in angeschlossenen Handwerks- und Gartenbaubetrieben sowie in der Landwirtschaft. Gleichwohl blieb

¹ Text in: www.diakonie.de/publikationen/pressemitteilungen/000712_zwangsarbeiter.htm.

² www.diakonie.de/infos/nachrichten/zwangsarbeiter/index.htm und „Verletzte Menschenwürde“. NS-Zwangsarbeiter in der Diakonie: Hintergründe – Teilergebnisse – Forschungsperspektiven, in: *Diakonie Korrespondenz* 7/00.

die Zahl der ermittelten Personen verhältnismäßig klein im Vergleich zu der jener Menschen, die in der Kriegswirtschaft und den Kommunen zwangsweise tätig waren: Jenner kommt im ganzen auf etwa 60 Personen,³ – eine Zahl, die weit unter einem Promille der tatsächlich in der Region nach Kriegsausbruch zwangsweise Beschäftigten liegt.

Unabhängig von diesem begrenzten Projekt, das die Diakonie als eine Art „Probebohrung“ verstand, von deren Erfolg es abhängen sollte, ob ein größeres Forschungsunternehmen zum Thema in Gang gebracht werden würde, hatten auch andere Landeskirchen⁴ und Diakonische Werke sowie einzelne Einrichtungen und Privatinitiativen damit begonnen, an diesem Thema zu arbeiten.⁵ Noch bevor erste Ergebnisse publiziert werden konnten, beschlossen das Kirchenamt der EKD und das DW der EKD im August 2000, eine größere historische Untersuchung zu finanzieren, die im Rahmen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, also unter Einschluß der ehemaligen Ostgebiete, der Zwangsarbeiterproblematik intensiver nachgehen soll. Der Vf. dieses Beitrags wurde darum gebeten, das Projekt vorzubereiten und mit Hilfe von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern durchzuführen. – Anfang 2001 hat das Marburger Unternehmen seine Arbeit aufgenommen; es ist zunächst auf ein Jahr befristet.⁶ In diesem Zeitraum werden die Historiker Dr. Harald Jenner/Hamburg und Dr. Jens Murken/Gießen sowie der Berliner Osteuropahistoriker Dr. Andreas Kossert ihre Forschungen zu ausgewählten Landeskirchen und –verbänden der Diakonie aufnehmen. Unterstützt dabei werden sie von eigenständigen Projekten einzelner Landeskirchen und DWs, die ebenfalls wissenschaftliche Mitarbeiter/innen zur Erforschung der Zwangsarbeit in ihren Regionen eingestellt haben oder dies in Kürze tun werden; dazu gehören die DWs und Landeskirchen im Rheinland (Dr. Uwe Kaminsky), in Bayern, in (beiden) Hessen und in Württemberg.

Zielsetzungen des Projekts

Das Projekt geht der Frage einer Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in Einrichtungen von Kirche und Diakonie während der Kriegszeit nach. Neben eigenen Forschungen der Projektmitarbeiter, die sich auf ausgewählte Länder/Provinzen des ehemaligen Deutschen Reiches sowie auf die Leitungsebenen der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) und der Inneren Mission (Central-Ausschuß) konzentrieren, wird eine enge Kooperation mit allen bereits angelaufenen oder in Planung befindlichen wissenschaftlichen Vorhaben ähnlicher Art angestrebt. Die Ergebnisse des Projekts sollen – möglichst unter Einschluß fremder Arbeiten zum gleichen Thema – in einem Sammelband vorgestellt werden, der im Herbst 2002 erscheinen wird. Der Hauptteil des Bandes besteht aus Beiträgen, die sich aus regionaler Sicht mit Zwangsarbeitern im kirchlich-diakonischen Raum beschäftigen. Daneben werden zwei Aufsätze allgemeinere Themen behandeln: nämlich einmal die Frage von Verantwortung und Schuld der Kirche und ihrer Inneren Mission auf diesem Felde in *theologischer, politisch-historischer, moralischer* und *rechtlicher* Perspektive und dann den Komplex der seelsorgerlichen Betreuung der betroffenen Menschen durch Kirche und Innere Mission in der Kriegszeit.

³ Unter Berücksichtigung der Fluktuation kann man ca. 100 Personen hochrechnen.

⁴ Vgl. die Herbsttagung der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vom 15.11.–18.11.2000: Wort des Bischofs zur Einbringung des Berichts der Kirchenleitung am 15. November 2000, in: www.ekibb.net/info/bericht.htm.

⁵ Für Württemberg vgl. www.diakonie-wuerttemberg.de/aktuell/akt_pres.html#zwang; für Baden: www.diakonie.de/infos/nachrichten/zwangsarbeiter/pfalz_bericht.htm; für die v. Bodelschwingschen Anstalten in Bethel: www.bethel.de/page/termine/11_5/2.htm.

⁶ Vgl. auch die Website www.projekt-zwangsarbeit.de.

Vorgehen

Nach einer einleitenden Explorations- und Reflexionsphase werden die Mitarbeiter und der Projektleiter die erhaltenen Unterlagen in staatlich-kommunalen, kirchlichen und diakonischen Archiven sichten und einer ersten Auswertung unterziehen. Parallel dazu sollen Kontakte zu vergleichbaren Forschungsprojekten entweder neu geknüpft oder ausgebaut werden mit dem Ziel, durch regen Informationsaustausch Doppelarbeit zu verhindern, Hinweise auf mögliche Quellenfundorte auszutauschen und Beiträge für den geplanten Sammelband auch aus anderen, verwandten Projekten zu erhalten. Die auf Initiative des DW Westfalen am 11. September 2000 im Diakonissenmutterhaus Münster tagende Fachkonferenz aller an diesem Thema Arbeitenden hat bereits die Grundlage eines breitgefächerten einschlägigen Kommunikationsnetzes geschaffen; weitere Fachkonferenzen in Stuttgart (Februar 2001) und Bochum (März 2001) werden die geknüpften Kontakte vertiefen.

Probleme

Die historisch-handwerklichen sowie methodischen Probleme des Forschungsprojekts dürfen nicht unterschätzt werden. Angesichts der vergleichsweise geringen Zahl der in Kirche und Diakonie tätigen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ist es mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, ihre Spuren im kirchlichen Milieu nachzuweisen und weiter zu verfolgen. Und selbst wenn dies gelingt, werden die einzelnen Menschen hinter den wenigen erhaltenen Statistiken und seltenen Korrespondenzen resp. Krankenakten als Individuen nur selten sichtbar. Diese Kalamitäten nehmen noch zu, wenn endlich ermittelte konkrete Personen nach komplizierten Recherchen ihrem heutigen Aufenthaltsort zugeordnet werden sollen. Deshalb blieben – anders als bei Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft oder den großen Kommunen – die „Erfolge“ der Spurensicherung in evangelischen Einrichtungen bislang verschwindend gering, was übrigens auch für die katholische Kirche und ihre Werke zutrifft: Selbst wenn man hier mit höheren Zahlen insgesamt erfaßter Einzelschicksale aufwarten kann, bleibt der Nachweis der noch lebenden betroffenen Personen und ihres aktuellen Wohnorts ausgesprochen mühsam.⁷ Es bleibt deshalb abzuwarten, ob die von der katholischen Kirche bereitgestellten Gelder tatsächlich in ihrer Gesamtheit zur Auszahlung an unmittelbar Betroffene gelangen können.⁸

Fazit

1. Die Einrichtung eines Forschungsprojekts zur Geschichte der Zwangsarbeit im Raum von Kirche und Diakonie ist Resultat eines kirchenpolitischen Diskussionsprozesses, der mit vollem Recht die Kirchen und ihre Substrukturen als Teil der deutschen Gesellschaft auch der Jahre des Dritten Reiches betrachtet und ihnen damit ihren Teil an Mitverantwortung- und schuld an den Geschehnissen jener Zeit zuspricht. – Den Initiatoren in Kirche und Diakonie geht es in erster Linie darum, diese Mitverantwortung- und schuld öffentlich sowie vor jenen einzugestehen, die Zwangsarbeit geleistet haben. Dazu müssen diese Menschen soweit irgend möglich namentlich erfaßt und mit ihrem derzeitigen Wohnort ausfindig gemacht werden. Das Projekt kann dabei behilflich sein.

⁷ Das belegten anschaulich die Referate auf der am 10./11.02.2001 in der katholischen Akademie der Diözese Stuttgart-Rottenburg stattgefundenen Tagung über Zwangsarbeit; vgl. www.akademie-rs.de/70.htm.

⁸ Die katholische Kirche hat 5 Mio. DM für die Direktentschädigung und noch einmal die gleiche Summe für die sogen. Versöhnungsarbeit zur Verfügung gestellt. Außerdem wird neben einschlägigen Forschungsarbeiten in jeder Diözese auch ein historisches Projekt unter Federführung der „Kommission für Zeitgeschichte“/Bonn durchgeführt. Näheres unter www.caritas.de.

2. Andererseits konzentriert sich das Marburger Forschungsunternehmen primär auf den historischen Kontext der Zwangsarbeit und versucht, mit wissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen zur Klärung der damaligen Verhältnisse beizutragen. Es wird sich nicht auf die Rekonstruktion mehr oder weniger spektakulärer Einzelfälle beschränken, sondern ist darum bemüht, im Endergebnis auch zu repräsentativen Aussagen zu kommen, mit der die Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie als Teil der Lebenswirklichkeit der Kriegsjahre unter den Bedingungen eines totalitären und menschenverachtenden Regimes begriffen wird. Dies dürfte auch Antworten auf die Frage bereitstellen, warum Kirche(n) und Diakonische Werke nicht schon früher diesen Aspekt ihrer jüngeren Geschichte in den Blick nahmen und warum Zwangsarbeit vielfach nicht als Unrecht gegenüber den Betroffenen verstanden worden ist.
3. Für die erfolgreiche Arbeit des Marburger Projekts wird es von entscheidender Bedeutung sein, in engster Weise mit vergleichbaren Unternehmungen zu kooperieren – über Kirche und Diakonie hinaus! Wie bereits angedeutet, tragen dazu an erster Stelle überregionale Fachtagungen bei, die als Informationsbörsen dienen und bisher auch schon rege genutzt wurden. Gerade angesichts der kurzen Laufzeiten der Anstellungsverträge wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es zwingend notwendig, voneinander zu lernen und – nachvollziehbare – persönliche Profilierungsinteressen gegenüber möglichst rasch zu gewinnenden Ergebnissen zurückzustellen. – Dies scheint in zwischen zu gelingen; daß in diesem Zusammenhang auch eine informelle Kooperation mit katholischen Parallelprojekten praktiziert wird, gehört zu den begrüßenswerten Begleiterscheinungen einer Konfessionsgrenzen überschreitenden (kirchen-)historischen Forschung, der man freilich nicht unterstellen sollte, sie sei nur das Paradigma einer defensiven Lagerbildung derjenigen, die als moralisches Gewissen der Gesellschaft schließlich selbst in die Schußlinie öffentlicher Kritik gerieten.
4. Wissenschaftliche Forschung ist von *vorwissenschaftlichen Interessen* und damit verbundenen präzisen Fragestellungen abhängig und muss bereit sein, auch zuzugestehen, daß die erhofften Ergebnisse aus dem zur Verfügung stehenden Material nicht oder nur bruchstückhaft ermittelt werden können. Angesichts der absoluten Zahlen von zwangsweise Beschäftigten in Diakonie und Kirche sowie der wenigen Menschen, die als Betroffene heute noch leben, könnte sich als ein Ergebnis des Projekts herauskristallisieren, daß bestimmte Fragen offen bleiben und der intendierte Zweck der Auftraggeber des Projekts nicht oder nur ansatzweise erreicht wird. Das berührt die Validität der gleichwohl zu gewinnenden historisch-kirchengeschichtlichen Erkenntnisse jedoch kaum: Auch wenn das Projekt nicht alles aufdecken und erklären kann, was mit dem Gegenstand zu tun hat, wird es dazu beitragen, jene Spielräume auszuloten und die Problemzonen schärfer zu konturieren, in denen sich die scheinbare Normalität kirchlichen Lebens unter den Bedingungen der NS-Diktatur und denen eines totalen Krieges entfaltet. Das transzendiert die Schwarz-Weiß-Raster von „Gut und Böse“ ebenso wie es neue Perspektiven und Facetten der Mitverantwortlichkeit und Mitschuld innerhalb der in Kirche und Diakonie Tätigen aufzeigt. Auch wenn die (Kirchen-)Geschichte keine Rezepte für „richtiges“ Handeln in heutiger Zeit bereithält, vermag sie aus der Kenntnis des Vergangenen für aktuelle Herausforderungen zu sensibilisieren, und wenn ihr das gelingt, hat sie schon einiges erreicht.

MATTHIAS BENAD/WOLFGANG MOTZKAU-VALETON/KERSTIN STOCKHECKE: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel 1939–1949. Ein Zwischenbericht vom September 2000 der Forschungsstelle für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Bethel.

In diesem Bericht über die Recherchen zur Zwangsarbeit in den Bodelschwingschen Anstalten in Bethel wird unter 1. Das Entschädigungsgesetz und sein politisches Umfeld beschrieben, eine historisch-chronologische Orientierung über Zwangsarbeit 1939–1945 gegeben; er informiert 2. über den Einsatz von Zwangsarbeitern in Bethel und seinen Tochterkolonien anhand von Archivalien und liefert 3. in einer Dokumentation ein Fundstellenverzeichnis der quantitativen Angaben, ein allgemeines Fundstellenverzeichnis und ausgewählte Quellen.

In seinem Grußwort wies Dominik Janz (Paderborn) darauf hin, daß dies die erste konfessionsübergreifende Tagung der tagungsgeschichtlichen Kommissionen sein. Der westfälische Präses Manfred Sigg betonte die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Begleitung für die Anwendungspraxis der Kirche vor. Im Anschluß an die Grußworte folgte Prof. Dr. Bernd Hey (Düsseldorf) in die Tagungsdiskussion ein und verweist auf die Möglichkeiten des kommissionarischen Ansatzes und die Tatsache, daß die Kirchengeschichte Teil der Profangeschichte sei.

Die Referate von Prof. Dr. Gert Schulz, Hamburg (*Die 60er Jahre – Politik, Gesellschaft und Kultur am Ende der Nachkriegszeit*) und Privatdozent Dr. Frank-Michael Kühmann, Bielefeld (*Die 60er Jahre – Gesellschaft, Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven*) warnten den allgemeinen Rahmen der Tagung und setzten sich vor allem mit den Fragen der Verelendung, den Umbrüchen und Neuaufsetzten in der Nachkriegsgeschichte der Kirchen auseinander.

Schulz qualifizierte die 60er Jahre als Ende der Wiederaufbauperiode der Nachkriegszeit, fraglich aber schien, wie es diese mit den 50er Jahren eine Einheit bilden oder aber die 50er Jahre die Vorgeschichte zu den 60er Jahren darstellen. Die „jüngere 60er Jahre“ umfassen jedenfalls für ihn bereits auch die letzte Deutet der 50er Jahre. Für die 60er Jahre sind eine Reihe neuer Entwicklungen signifikant. Eine neue Gesellschaft bildet sich heraus, nachdem der Zustrom aus dem Osten verstiegt ist; die Bevölkerung junngt sich und bewegt sich in Richtung einer multikulturellen Gesellschaft. Eine Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit ist zu verzeichnen, steigender Konsum läßt eine Wohlstandsgesellschaft entstehen, mit gleichzeitigen Anstieg der Fiktionsanfänger.

Die fand die Transformation der modernen Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft statt. Verteilert wirkte wendete sich zu Kulturabbau der 1950er Jahren, wird jetzt die Forderung der Wirtschaftswachstum, die nun als Konzeptionsins empfand, als Defizit kritisiert. Die Debatten waren nicht mehr beherrscht vom Diskurs zum metaphysischen Schick, sondern über konkreter Konflikte.

Die Kirchen lagen Wert auf diesen gesellschaftlichen Diskurs. Das synodale Gremien modifizierten sich dabei als Vorzeichen (z. B. in der Ostdeutschen Kirche). Man sprach nicht mehr von Glaubensfreiheit, sondern von Gesellschaft. Die gesellschaftliche Kompetenz schien auf die SPD über zu gehen, mit dem Begriff der „konkreten Gesellschaft“ wollte sich aber auch die CDU konzipieren und auf die gesellschaftlichen Veränderungen einstellen.

Kühmann betonte die Forschungsfrage zum Nachkriegssozialismus als nicht beantwortbar, vor allem durch die Konfession auf kirchenrechtliche Verträge abgeben. Er plädierte deshalb dafür, konfessionsübergreifende Perspektiven aufzuwerfen zugunsten einer mentalitätsgeschichtlichen